

FREIE WÄHLER Landesvereinigung Baden-Württemberg

Mannheim unter Schockstarre – Zeit nicht nur zu denken, sondern auch zu handeln

Wir FREIE WÄHLER sind erschüttert, dass Rouven L. den dienstlichen Polizeieinsatz in Mannheim am Ende mit seinem Leben bezahlen musste. Die zunehmenden Angriffe und Gewaltattacken nicht nur auf Polizisten, sondern auch auf Einsatzkräfte und Politiker sind schockierend. Dass wir dies nicht hinnehmen dürfen, darin sind wir uns politisch alle einig ebenso, dass gegen die Täter mit der ganzen Härte unseres Gesetzes vorgegangen werden muss.

Doch dass dies bei weitem nicht ausreicht, genauso wenig wie öffentliche Beileidsbekundungen und Anteilnahme muss uns auch klar sein. „Wir als Gesellschaft haben die Pflicht aktiv gegen politisch, religiös oder extremistisch motivierten Hass, Hetze und Gewalt vorzugehen. Das aufgeheizte Klima und politische Parteien, die dieses Ereignis nun dazu nutzen, Religions- und Fremdenhass oder Ausländerfeindlichkeit zu schüren, sind ebenso Teil dieses Problems, wie die Art und Weise, wie wir damit umgehen“, stellt die Landesvorsitzende Sylvia Rolke fest und verweist dabei auf den Fall in Mannheim, der sinnbildlich für andere steht.

Einmal mehr geht es um eine mutmaßliche islamistisch motivierte Tat, wieder einmal hatte der Täter kein Aufenthaltsrecht mehr, wurde aber nicht abgeschoben. Daraus erfolgt einmal mehr eine politische Diskussion, um schnellere Abschiebung von Tätern und Gefährdern in bisher als nicht sicher anerkannte Herkunftsländer wie Afghanistan oder Syrien mit offenem Ergebnis.

"Wir brauchen endlich eine praktikable Handhabe statt Lippenbekenntnisse", fordert die Mannheimer Landesvorsitzende, die sich an der gestrigen Versammlung, zu der Oberbürgermeister Specht auf dem Marktplatz in Mannheim aufgerufen hat, eingefunden hat. „Die Stärkung von Polizei und Justiz steht dabei zuvorderst an, aber das allein reicht nicht. Wer in unserer Gesellschaft lebt, hat sich auch an unsere Regeln zu halten. Jeder, der unsere Religions- und Meinungsfreiheit ausnutzt, unsere Gesetze missachtet, radikal religiöses oder extremistisches Gedankengut einbringt, muss mit gezielten Sanktionen belegt werden können“, erklärt Rolke.

Dazu gehört auch, dass beispielsweise der Einfluss von umstrittenen Islamverbänden, die in der Vergangenheit durch Entgleisungen aufgefallen sind, endlich eingegrenzt wird, genauso wie die Auflösung von verfassungsfeindlichen islamistischen Netzwerken. Unter dem Denkmantel der Religionsfreiheit dürfen wir uns nicht alles gefallen lassen, müssen den Mut haben, selbstbewusst auch möglichem politischen Druck von außen standzuhalten.

Und nicht zuletzt bleibt anzumerken, dass wir die Art und Weise der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung durchaus kritisch sehen. Dass dieses schwerwiegende Ereignis erst nur kurz als Vorfall angesprochen wird, mit dem Hinweis „Pax Europa“ ist islamkritisch und unter Beobachtung des Verfassungsschutzes, sorgt für Unverständnis. Ebenso, dass der Tod des Polizeibeamten am Sonntagabend in wenigen Sekunden in der öffentlich-rechtlichen Berichterstattung abgehandelt wird, hinterlässt bei uns FREIEN WÄHLERN nicht nur einen schalen Beigeschmack, sondern auch das Gefühl, dass hier ein schlimmes Ereignis seltsam relativiert wird.

Mannheim, den 04. Juni 2024

<https://freiewaehler-bw.de/>

<https://de-de.facebook.com/FREIEWAEHLERBAWUE/>

<https://www.instagram.com/freiewaehlerbw/?hl=de>